

Mohamed Kerrou im Interview

## „Wir brauchen Zeit und europäische Unterstützung.“

Sechs Jahre nach dem Arabischen Frühling gilt vielen, gerade westlichen Beobachtern, Tunesien als einziger Hoffnungsträger für eine demokratische Transformation. Der tunesische Sozial- und Politikwissenschaftler Mohamed Kerrou gibt in einem Interview mit der Hanns-Seidel-Stiftung im März 2017 Auskunft über das gespaltene Verhältnis zwischen Staat und Bürgern in Tunesien und die dahinter liegenden Gründe. Er geht dabei auch auf die Rolle der Parteien ein und wirft einen Blick auf die kommenden Kommunalwahlen. Kerrou bewertet zudem die Bedeutung Europas für Tunesien in dieser Situation, besonders auch hinsichtlich einer Unterstützung des demokratischen Transformationsprozesses.

Schlagwörter:

Arabischer Frühling - Tunesien - Mohamed Kerrou - Transformationsprozess - Verhältnis Staat Bürger - Kommunalwahlen - Tunesische Parteien - Europa und Tunesien

# „WIR BRAUCHEN ZEIT UND EUROPÄISCHE UNTERSTÜTZUNG.“

|| Mohamed Kerrou im Interview

**Herr Kerrou, wie hat sich das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat seit 2011 entwickelt?**

**Kerrou:** Einer der Slogans der Revolution lautete „Arbeit, Freiheit, nationale Würde“. Das lässt sich als Forderung nach einem bürgerschaftlichen Modell verstehen. Damals wollten die Leute das autoritäre, korrupte Regime beenden, ein Regime, das der Bevölkerung und insbesondere den Jugendlichen keine Arbeitsplätze schaffen konnte. Denn damals stieg die Zahl der Arbeitslosen von Jahr zu Jahr an, denn jedes Jahr gingen neue Akademiker von den Universitäten ab. Diese Forderung hat sich durch den politischen Pluralismus, die Verfassung, politische Institutionen und den Nationalen Dialog entwickelt, so dass wir heute an einem Punkt sind, an dem man vom Bürger und nicht mehr von einem Subjekt sprechen kann.

Aber die Bürgerschaft ist noch im Entstehen begriffen; wir befinden uns in einem historischen Prozess. Das Ergebnis ist, dass die Bevölkerung sich als Staatsbürger begreift, aber ihre Handlungen entsprechen diesem Anspruch noch nicht.

**Woran machen Sie das fest?**

**Kerrou:** An den verschiedenen Protestbewegungen der letzten Jahre zum Beispiel. Diese kann man zunächst als Forderungen nach Bürgerbeteiligung verstehen, aber wenn sie sich wiederholen, die Arbeit blockieren und ohne Genehmigungen stattfinden, dann ist das kein bürgerschaftlicher Ansatz mehr, sondern eher ein Gesetz des Dschungels. Denn Bürger zu sein bedeutet ja

nicht nur, Rechte, sondern auch Pflichten zu haben und sich an die Gesetze zu halten.

**Wie kann diese Bürgergesellschaft dann entstehen?**

**Kerrou:** Das wird Zeit kosten. Es gibt einerseits Entwicklungen in Richtung eines bürgerschaftlichen Modells – mehr persönliche Freiheiten zum Beispiel – und andererseits anti-bürgerschaftliche Tendenzen, zum Beispiel wilde Streiks, Umweltverschmutzung, unerlaubte Baumaßnahmen, Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung und die Diskriminierung von Minderheiten. Das macht es so schwierig, die sogenannte Revolution zu analysieren, denn sie ist ambivalent.

**Liegt dies auch daran, dass es eine Spaltung zwischen der politischen Klasse und der Bevölkerung vor allem im Landesinneren gibt?**

**Kerrou:** Auf jeden Fall. Die politischen Eliten haben, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, wenig Kontakt mit dem Landesinneren und vor allem den jungen Leuten dort.

Andererseits fordern diese Regionen, die über Jahrhunderte marginalisiert waren, Entwicklungsanstrengungen ein, die der Staat nicht garantieren kann. Die wichtigste Forderung der jungen Arbeitslosen ist, dass sie im Staatsdienst eingestellt werden. Man kann dem Staat nicht den Vorwurf machen, dass er das nicht leisten kann, aber sehr wohl, dass er diese Tatsache nicht klar kommuniziert und den Bürgern gegenüber die Wahrheit nicht offen ausspricht.

**Wie kann diese Spaltung zwischen Staat und Bürgern überwunden werden?**

**Kerrou:** Ich denke die Zivilgesellschaft und allen voran der Gewerkschaftsverband der ihr Rückgrat ist, müssten sich kritisch mit ihrer Rolle auseinandersetzen. Nehmen wir das Beispiel der Schulbildung. Die Lehrer-Gewerkschaft fordert den Rücktritt des Ministers und droht, den Unterricht auszusetzen. Und der Gewerkschaftsverband positioniert sich nicht klar, um den mitgliederstarken Lehrerverband nicht zu verlieren. Es gibt doch keinen Grund, dass die Gewerkschaft einfach den Rücktritt des Ministers einfordert und die Schüler darunter leiden. Dann haben wir die Ärzte und die Anwälte, deren große Mehrheit keine Steuern zahlen, und der Staat gibt nach und nimmt Änderungen in der Steuergesetzgebung zurück, weil die Anwälte streiken.

**Das heißt, die Regierung übernimmt keine Führungsrolle?**

**Kerrou:** Die Regierung ist schwach. Wer zahlt denn in Tunesien die Steuern? Nur die Beamten, denn die Steuern werden automatisch einbehalten. Sonst würde gar niemand zahlen. Also hat der Staat kein Geld, um in die öffentliche Infrastruktur zu investieren.

**Viele Bürger argumentieren, dass es sich nicht lohnt, Steuern zu zahlen, eben weil die Infrastruktur schlecht ist.**

**Kerrou:** Sie ist es, weil niemand zahlt. Und die Regierenden sprechen diese Wahrheit nicht aus, sondern verlieren sich in demagogischer Rhetorik. Sie haben Angst, völlig isoliert zu werden.

**Können die Kommunalwahlen, die voraussichtlich Ende des Jahres zum ersten Mal seit der Revolution stattfinden werden, ein Mittel sein, den Staat und seine Bürger wieder enger zusammenzubringen?**

**Kerrou:** Viele erhoffen sich das von den Wahlen, aber ich denke sie werden ent-



Quelle: Mohamed Kerrou.

Mohamed Kerrou ist Professor für Soziologie an der Fakultät für Rechts- und Politikwissenschaft der El-Manar Universität in Tunis, Tunesien, sowie außerordentlicher Professor an der Universität Tarragona, Spanien. Kerrou hat an der Fakultät für Geisteswissenschaften in Tunis sowie an der renommierten École des Hautes Études en Sciences Sociale in Paris studiert und seinen Dokortitel in Politikwissenschaften an der Universität Toulouse erworben. 2001 wurde er in Soziologie an der El Manar Universität habilitiert. Mohamed Kerrou war zudem Gastwissenschaftler u.a. in Italien, Frankreich oder den USA. Darüber hinaus ist er Gründungsmitglied verschiedener Gesellschaften, so z.B. der tunesischen Gesellschaft für Soziologie oder der tunesischen Gesellschaft für Sozial- und Kulturanthropologie. Mohamed Kerrou gilt als Experte für die Transformationsprozesse in nordafrikanischen Gesellschaften nach dem Arabischen Frühling.

täuscht werden. Die Menschen denken, dass damit zum Beispiel das Abfallproblem eingedämmt wird. Dabei ist Tunesien inzwischen doch eine einzige öffentliche Müllkippe. Es ist sehr schwierig, das Verhalten der Bevölkerung zu ändern. Viele werfen den Müll einfach auf die Straße. Wir leben seit sechs, sieben Jahren in einem öffentlichen Durcheinander.

Außerdem wissen wir ja gar nicht, wer die Wahlen gewinnen wird. Auf lokaler Ebene werden vielleicht außergewöhnliche politische Gebilde gewinnen. Wenn die großen Parteien eine Chance haben und überall

Listen aufstellen wollen, müssen sie hohe Geldbeträge investieren. Damit würde sich keine bürgerschaftliche, sondern eine finanzielle Dynamik entwickeln. Ich fürchte, die Kommunalwahlen sind nicht das Allheilmittel, als das sie von allen politischen Parteien angepriesen werden. Es gibt kein Patentrezept, kein Wunder.

**Welche Rolle können die politischen Parteien heute überhaupt spielen? Die jungen Leute, die 2011 auf die Straße gegangen sind, finden sich dort nicht wieder.**

Viele sind enttäuscht. Ihre Wahlbeteiligung liegt unter dem Durchschnitt. Denn die Politik entspricht nicht den Erwartungen der jüngeren Bevölkerung. Sie sehen dort ältere Leute, die sich ihnen nicht öffnen. Die Jugendlichen haben andere Erwartungen, drücken sich anders aus und wir hören ihnen nicht genug zu.

**Schlägt sich der demokratische Wandel, den das Land durchlebt, denn auch in den Parteien nieder?**

Die Parteien werden autoritär geführt. Schauen Sie sich nur die zwei großen Parteien Ennahdha und Nidaa Tounes an. Sie werden von oben von zwei „charismatischen“ Figuren geführt, die alles bestimmen. Sogar im sogenannten Nationalen Dialog haben sie eine entscheidende Rolle gespielt. Die Basis ist nicht überzeugt, aber weil beide eine gewisse politische, moralische und finanzielle Autorität haben, wird es akzeptiert. Doch die Situation ist fragil. Wenn einer oder beide verschwinden, sind wir in einer beängstigenden Situation, denn dann gibt es kein Machtgleichgewicht mehr.

**Weil die Parteien nur auf Personen und nicht auf Ideen basieren?**

**Kerrou:** Es gibt durchaus ideologische Vorstellungen, Ideen und Eliten, aber die Parteien werden wie früher verwaltet. Nehmen wir das Beispiel des politischen Islam. Es gibt die Majles Echoura (Führungsgremi-

um der Partei) mit 150 Mitgliedern, die regelmäßig tagt, diskutiert und nicht immer einer Meinung ist. Aber die wichtigen Entscheidungen werden ganz oben getroffen.

Und Nidaa Tounes existiert und existiert gleichzeitig nicht. Die Partei ist gespalten, mit einem Flügel, der vom Sohn des Präsidenten geführt wird. Das ist ziemlich surrealistisch. Sie sind an der Macht, haben Minister, aber nicht die Mehrheit. Im Parlament das gleiche Bild. Aber eine gesplattene Partei ist schwach und wird keine Wähler mobilisieren können und keine jungen Leute anziehen. Es besteht sogar die Möglichkeit, dass sie zusammen mit Ennahdha auf einer gemeinsamen Liste der sogenannten Nationalen Einheit bei den Kommunalwahlen antreten. Denn zu zweit können sie gewinnen.

**2014 hat Nidaa Tounes noch explizit gegen Ennahdha Wahlkampf gemacht.**

**Kerrou:** Sie haben ihre Anhänger bereits verloren, die meisten sind enttäuscht. Einige werden sich bei den Kommunalwahlen vielleicht dem abgespaltenen Flügel zuwenden, andere suchen sich neue Parteien, andere werden gar nicht wählen gehen. Ich denke, die Wahlbeteiligung wird relativ niedrig ausfallen.

**Welche Rolle kann Europa in dieser Situation spielen?**

Zum Glück existiert Europa. Ohne seine Unterstützung würde das Land einbrechen. Wir überleben dank der Unterstützung Europas und der Vereinigten Staaten. Durch die Kredite können wir die Gehälter im öffentlichen Dienst zahlen. Natürlich kritisiert die Bevölkerung das, aber das ist ein bisschen einfach. Natürlich müssen wir verhandeln, was ja zum Beispiel anlässlich des Besuchs von Frau Merkel gut funktioniert hat, wo beide Seiten ein gemeinsames Abkommen [zur Migration, Anm. d. R.] ausgehandelt haben. Die Bereiche Investitionen, Tourismus sowie legale und illegale Migration sind besonders wichtig, außerdem natürlich der Sicherheitsbereich, den die aktuelle Regie-

rung relativ gut im Griff zu haben scheint. Wir müssen also verhandeln, aber Tunesien ist natürlich in einer relativ schwachen Ausgangsposition. Tunesien ist von Europa abhängig, nicht nur heute, sondern auch historisch gesehen. Die wichtigsten Handelspartner sind die europäischen Länder, nicht der Maghreb oder der Rest der arabischen Welt.

**Kann Europa Tunesien auch beim demokratischen Wandel unterstützen?**

**Kerrou:** Ich denke schon. Angela Merkel hat es ja angekündigt, dass Deutschland Tunesien weiterhin unterstützen wird. Was unser Land in sechs Jahren erreicht hat, ist außergewöhnlich. In Europa haben ähnliche Prozesse in der Vergangenheit viel länger gebraucht. Natürlich ist der Wandel nicht abgeschlossen, aber die gegenwärtigen Probleme sind beinahe „normal“, so etwas braucht einfach Zeit. Ich denke, Europa sollte die tunesische Zivilgesellschaft und die Regierung darin unterstützen, die gewonnenen Freiheiten zu stärken, zu investieren und den Kulturaustausch zu fördern.

**Vielen Dank für das Gespräch!**